

50 Jahre Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 10/51. Jahrgang

Oktober 2020

Schutzgebühr: 0,40 €

Gießen 2035-Klimaneutral Warten auf ein Wunder

Fast genau vor einem Jahr hatte die BI „Lebenswertes Gießen“ die Stadtverordneten gezwungen, sich mit den Klimaschutzziele zu beschäftigen. Über 1.500 Gießener unterschrieben den Bürgerantrag. Mit sechsmonatiger Verzögerung und der Ausflucht, Corona sei schuld, stellte der Gießener Magistrat seine Pläne zur Verwirklichung des Beschlusses „Klimaneutrales Gießen 2035“ im September der Stadtverordnetenversammlung vor. Die Stadt soll nur so viel CO₂ ausstoßen, wie gleichzeitig vor allem durch Biomasse wieder gebunden wird. Der Bericht beinhaltete weitschweifende Allgemeinplätze und wechselte mit zeitraubenden und detailverliebten Erklärungen städtischer Experten. Trotz Einschaltung einer professionellen Klima- und Effizienzagentur gibt es keine konkreten Pläne, wie dieses Ziel erreicht werden könnte.

Die größten Erzeuger von CO₂ sind der Straßenverkehr und die Heizungen der Gebäude. Der größte Teil des motorisierten Verkehrs müsste durch klimaneutrale Busse/ Bahnen oder durch Fuß- und Radverkehr ersetzt werden, die Gebäude effektiv gedämmt und anders beheizt werden. Die Kosten dafür gingen in die Milliarden. Die Stadtregierung hofft auf hilfreiche Beschlüsse von Land, Bund und



Rathaus oder RatLOShaus ??

EU – dort setzt man sich aber auch nur langfristige Ziele und beschließt nichts, was den großen Konzernen missfallen könnte. Von den Profiteuren der Klimabelastung war keine Rede. Um überhaupt eine deutliche CO₂-Reduzierung zu erreichen, wären auf kommunaler Ebene mutige Entscheidungen notwendig: Radfahren müsste durch Eingriffe in die Straßengestaltung sicherer und attraktiver werden, Fußgänger bräuchten mehr Platz und Sicherheit, der Öffentliche Nahverkehr müsste besser und billiger werden, energetische Sanierung von Gebäuden massiv gefördert werden, ebenso die Nutzung von Sonne und Wind innerhalb der Stadt. Kraft-Wärme-Kopplung mittels Biomasse-betriebenen Heizkraftwerken

und der Ausbau der Fernwärmenetze sind bereits wichtige Schritte.

Für die Beantwortung schriftlich eingereicherter Fragen an den Magistrat blieb auf der Sitzung fast keine Zeit. Der Magistrat hatte seine Öffentlichkeit im Wahlkampf, die Presse ihren lokalen Leitartikel. Die beschworene „Bürgerbeteiligung“ blieb wiederum auf der Strecke.

Der Umbau der Rathenaustraße in eine Auto-bevorzugte 18 Meter breite versiegelte „Landebahn“ zeigt, dass Klimaschutz nur durch öffentliche Aufmerksamkeit in die Köpfe der Regierenden kommt. „Grüner Kapitalismus“ wird wohl ein schöner Traum bleiben, ohne Eingriffe in die Macht der Konzerne wird es keine Abwendung des Klimawandels geben. M. Berger

Inhalt

Sommerfest / Arm und Reich / Schülertransport	S. 2
Danni bleibt / Leserbrief	S. 3
Wieseckau / Massenentlassungen	S. 4
Corona-Krise / Signale aus der Zelle	S. 5
Uni-Klinikum / Belarus	S. 6
Antikriegstag / Einzelfälle	S. 7
Grundeinkommen / Bezirksmitglieder-versammlung / Termine	S. 8

Für Frieden und Sozialismus! DKP

Sommerfest der DKP Gießen



Am 19.09.2020 hat die DKP Gießen eingeladen, mit den Roten im Grünen zu feiern. In Zeiten, in denen eine deutsche Bundesregierung um die Stationierung von US-Soldaten im Land bittet, anstatt sie zusammen mit den US-Atomwaffen aus Deutschland rauszuschmeißen und Milliarden Euro an Steuergeldern in die Aufrüstung nach NATO-Vorgabe fließen, anstatt in die öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge, ist es wichtiger denn je, als Friedenskräfte zusammenzustehen und deutlich zu sagen: Nicht in unserem Namen!

Und deshalb haben wir als DKP Gießen mit über 40 Freundinnen, Freunden, Genossinnen und Genossen gemeinsam kräftig gefeiert. Wir haben diskutiert, gesungen, gegrillt, abends ein Lagerfeuer gemacht, getanzt und dabei festgestellt, dass so ein gemeinsames Fest auch Kraft gibt, um weiter vereint kämpfen zu können. ML

Die Schere geht weiter auseinander

"Die Reichen werden immer reicher und die Armen werden immer ärmer." Diese Aussage wird von den Profiteuren unseres Wirtschaftsmodells gerne als „Neiddebatte“ diffamiert.

Die Sozialforschung vertritt hierzu eine andere Ansicht: Wie alle kapitalistischen Gesellschaften zeichnet sich die BRD durch eine extrem ungleiche Verteilung von Vermögen aus.

Aktuelle Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung belegten, dass diese ungleiche Verteilung hierzulande noch stärker ausgeprägt ist, als bisher angenommen. Demnach verfügen die reichsten zehn Prozent über 67,3% des gesamten Nettovermögens. Auf der anderen Seite besitzt die Hälfte der Bevölkerung gerade einmal 1,3%.

Das reichste Prozent verfügt über mehr als ein Drittel. Bisher nahm man an, diese Gruppe dürfe „lediglich“ etwas mehr als ein Fünftel ihr Eigen nennen. Nicht nur die Vermögen, sondern auch die Einkommen sind sehr ungleich verteilt. Während Spitzenverdiener sich von Jahr zu Jahr ein größeres Stück des Kuchens abschneiden, nehmen gleichzeitig Armut und Arbeitslosigkeit in der BRD kontinuierlich zu.

Aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamtes belegen, dass die Armutsgefahr so hoch wie nie zuvor ist. So lebten 2019 15,9% der Menschen in der BRD in Armut oder waren davon bedroht. Das ist der höchste Wert seit Erfassung der Zahlen im Jahr 2005. Dass die Kluft zwischen arm und reich immer mehr zunimmt, ist 'nicht vom Himmel

gefallen', sondern hat Methode. So wurde der Niedriglohnsektor jahrzehntelang systematisch ausgedehnt. Parallel zu dieser Entwicklung wurden die Reichen mit zahlreichen Steuergeschenken bedacht.

Eigentlich wäre hier ein steuerpolitischer Kurswechsel dringend angebracht: eine Wiedererhebung der Vermögensteuer, eine effektive Erbschaftsteuer sowie eine höhere Besteuerung von Spitzeneinkommen und eine entsprechende Entlastung der mittleren und kleineren Einkommen.

Leider steht genau das Gegenteil auf der Agenda der Bundesregierung. Die für Anfang 2021 beschlossene Teil-Abschaffung des „Solidaritätszuschlags“ wird wieder vor allem Gutverdiener entlasten. Ulf Immelt

Schülertransport: Busse gäbe es genug

In Gießen und überall im Land müssen sich Schüler in viel zu volle Busse zwängen, von Abstand kann keine Rede sein. Angeblich gibt es zu wenig Busse und Fahrer. Gleichzeitig stehen bei den Busunternehmen Reisebusse in den Hallen, da kaum noch Busurlaube und Tagesreisen stattfinden. Die Unternehmer erhalten Ausgleichzahlungen, die Fahrer Kurzarbeitergeld. Diese Gelder

und die Mittel für Schülertransporte werden aus völlig unterschiedlichen Kassen bezahlt. Bei gutem Willen der beteiligten Behörden könnte aber eine Lösung möglich sein

Gernot Linhart





Danni bleibt ! Keine A49 !



Wir brauchen eine Verkehrswende jetzt – nicht erst notgedrungen durch multiplen Kollaps. Es dürfen keine Äcker, Wiesen, Weiden, Wälder, Quellen mehr für Straßen, Autobahnen und Gewerbegebiete zerstört werden. Alter Dauermischwald, – wie der Dannenröder Wald, – Wasser- und Artenschutzgebiete sind nicht zu ersetzen, ausgestorbene Arten nicht zurück zu holen. Sogenannte Ausgleichsmaßnahmen sind eine Farce.

Die Verbissenheit derer, die die A49 unbedingt bauen wollen, entlarvt überdeutlich ihre verkehrspolitisch überholte irrsinnige Autofixiertheit und die festgefahrenen kapitalistischen Geschäftsmodelle. Selbst die Planungsgesellschaft des Bundes, DEGES, räumt ein, durch den Bau nicht mit einer Verringerung der

Verkehrsbelastung in den geplagten Gemeinden an der B3 und B62 zu rechnen. Wie auch, wenn die A49 als neue Europa-Nord-Süd-Hauptstrecke beworben wird und in deren Schlepptau Hombergs Bürgermeisterin mit ihrem privatwirtschaftlichen Planungsbüro schon von weiteren Gewerbegebieten träumt?



Befürworter*innen der 40 Jahre alten Verkehrsplanung meinten, wir seien naiv den Wald retten und die Welt ändern zu wollen. Wir wollen nicht abstrakt die Welt retten, wir wollen konkret verhindern, dass unsere Lebensgrundlagen mutwillig zerstört werden und stellen uns dem mit unseren Körpern friedlich entgegen.

'Danni' steht auch für ein Ende der "Weiter-so-Mentalität". Wir sagen "Nein" zur A49, denn wir haben keine zweite Erde. Wir fordern:

Reaktiviert endlich die Bahnlinien vor Ort, z.B. Kirchhain-Homberg und Alsfeld-Bad Hersfeld!

Auch in Gießen fand am 18.09. eine Demonstration gegen die Rodung des Dannenröder Forstes statt. Während gleichzeitig etwa 100 Menschen in der Innenstadt PKW-Parkplätze alternativ und sinnvoll nutzten, zogen etwa 60 Demonstranten vor das Verwaltungsgericht, um gegen die Rodungen, den Autobahnbau sowie die Urteile des Verwaltungsgerichts, mit denen die Proteste vor Ort erschwert werden sollen, zu protestieren.

Jeden Sonntag 14 Uhr findet ein Waldspaziergang ab Sportplatz Dannenrod statt. Mit der Bahn bis Stadtallendorf, dann per Rad gut zu erreichen. Gespräche über Verkehrswende und Klimagerechtigkeit ausdrücklich erwünscht!

Schörli & Haselmaus (zwei von vielen Stimmen aus der Waldbesetzung, Namen der Redaktion bekannt)

Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.

Teste die beste
linke, überregionale Tageszeitung.

junge Welt

Drei Wochen gratis.

Probabo muss nicht abbestellt werden, endet automatisch.

Leserbrief zu „Hindenburgstraße in Staufenberg“ (Echo 09/20)

In Staufenberg gibt es nicht nur die Hindenburgstraße, dort gibt es auf dem Burgberg immer noch das Denkmal für das Immelmann-Stuka-Geschwader, an dem die Ewiggestrigen (inzwischen natürlichen Todes verstorben) bis in jüngste Zeit noch ihre „Heldentaten“ feierten und den „verlorenen“ Krieg nachtrauerten.

Zwar sind der Säule die Stukas abhandengekommen, aber da findet sich noch der Spruch „Opfermut überwindet den Tod“ und da ist noch der Gedenkstein am Boden für dieses Nazis-Terrorgeschwader.

Das ist nicht (wie wohl Leute argumentieren werden) eine Stätte zur Erinnerung an gefallene Soldaten, nein, sie dient(e) zur Kriegsverherrlichung der völkerrechtswidrigen, verbrecherischen Angriffskriege Nazi-Deutschlands! Das Schüren und

die Verherrlichung von Krieg sind laut GG und der Charta der UN verboten! Wann wird dieses „Denkmal“ entfernt?!

Als der Terror von jungen Neo-Nazis im Lumdatal vor einigen Jahren akut war, hat Staufenberg mit anderen Gemeinden der Gegend ein Bündnis dagegen gegründet. Der Bürgermeister von Staufenberg hat selbst bei einer Kundgebung in Allendorf/Lumda gegen die Naziumtriebe eine Rede gehalten. Aber hier ist die Praxis: Immer noch Hindenburgstraße, immer noch Immelmann-Stuka-Denkmal.....

(Name der Redaktion bekannt)

Siehe auch "Immelmann-Stele: Weg mit dem Nazi-Dreck", **Gießener Echo 11/17**. Schon im Mai 1981 gab es in Staufenberg antifaschistischen Protest. Rechts im Foto: Frank Pötter, neben ihm Ria Deeg.

Bitte die Abogebühren bezahlen und spenden!

Das Gießener Echo bleibt ein verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener linke Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.

Achtung! Neue Kontonummer!
Sparkasse Gießen, IBAN:
DE72 5135 0025 0200 5491 46

Es grüßt mit herzlichem Dank
das Redaktionskollektiv



Die Show muss weiter gehen



Oft hat sich der ehemalige Förderverein „Landesgartenschau“ (heute „Gartenstadt Gießen“), der hauptsächlich aus wohlbetuchten bürgerlichen und grün-politischen Kreisen der Stadt besteht, mit Kleinigkeiten in Szene gesetzt.

Da wird ein bisschen Müll gesammelt, was eigentlich das Gartenamt erledigt und schon ist die Presse zur Stelle. Fünf Jahre nachdem die Wiesseckau von Magistrat und 80 Zustimmenden mit der Gießener Allgemeinen Zeitung zusammen großkotzig zum „Stadtpark“ umfunktioniert wurde, fiel die geringe Anzahl von Sitzbänken auf. Die Bänke der Landesgartenschau wurden

nach der Blümchenschau 2014 abmontiert. Jetzt brüstet sich die grüne Polit“prominenz“ und der Geld“adel“ mit dem erfolgreichen Spendenaufruf an Gießener Wohlbetuchte (Rotary-Club, Darré usw). Ein Schelm ist nicht, wem Böses dazu einfällt: In Gießen ist in absehbarer Zeit Kommunalwahl. Wir freuen uns dennoch mit allen Erholungssuchenden und Spaziergängern über die Ruhemöglichkeiten. Ein Augenschmaus (Frau Weigel-Greilich) wird die Wiesseckau sicher trotzdem nicht. Dazu fehlen die Schatten spendenden alten Bäume, die dem Kahlschlag der Gartenschau zum Opfer

fielen und die Teichvögel, die vom Event-Krach der „Strandbar“ und der Alkoholsausen inzwischen vertrieben wurden. M. Berger
siehe auch: www.biwiesseckau.de



Massenentlassungen bei Continental, Kapitalfreimachung bei Schaeffler



Continental, der weltweit zweitgrößte Automobilzulieferer nach Bosch, nutzt die Corona-Pandemie, um lange geplante Entlassungswellen durchzuführen. In Aachen soll ein Werk mit 1.800 Arbeiterinnen und Arbeitern von einem Tag auf den anderen geschlossen werden. Weltweit stehen 30.000 Arbeitsplätze zur Diskussion, auch in Wetzlar sollen wieder Menschen ihren Job verlieren. Während 2008 dort noch ca. 900 Menschen bei Conti beschäftigt waren, sind es heute nur noch 420. Und diese Zahl soll weiter auf 380 reduziert werden.

Das Werk im hessischen Karben,

mit aktuell knapp 1.100 Beschäftigten, soll bis zum Jahr 2024 geschlossen werden. Die im Aufsichtsrat vertretene IG Metall berichtet, die Produktion soll nach Rumänien und Litauen verlagert werden. Durch diesen bereits 2019 angekündigten massiven Sparkurs will Continental vom Jahr 2023 an jährlich eine Milliarde Euro sparen.

Ob dieser Sparkurs im Konkurrenzkampf der Kapitalisten hilft, wird sich zeigen. Die Schaeffler-Familie besitzt rund 45% der Continental Aktien. In der Krise 2008/2009 versuchte Schaeffler Continental zu übernehmen. Dies scheiterte. Auf der außerordentlichen Hauptversammlung von Schaeffler am 15.09.2020 wurde beschlossen, die Ausgabe von bis zu 200 Millionen neuer Aktien zu ermöglichen. Damit könnte die Firma mehr als eine Milliarde Euro einsammeln. Ob

sie das Kapital für einen weiteren Versuch nutzen Continental zu übernehmen, bleibt offen.

Was nicht offen bleibt, ist, dass unter dieser Zentralisationsspirale des Kapitalismus die Beschäftigten zu leiden haben. Auch wenn ein Unternehmen von einem anderen geschluckt wird, gehen die alten Eigentümer nie leer aus. Aber lohnabhängig Beschäftigte werden oft auf die Straße gesetzt. Umso wichtiger ist es, sich zu wehren. Der Kampf gegen Stellenabbau kann langfristig nur gewonnen werden, wenn er zum Kampf gegen die kapitalistischen Produktionsverhältnisse wird, die auf Konkurrenz, Ausbeutung und Profitstreben beruhen. Dieses Bewusstsein – nämlich Klassenbewusstsein – zu entwickeln, ist eine essenzielle Aufgabe der Gewerkschaften.

Am 23.09.2020 demonstrierten 450 Conti-Beschäftigte in Frankfurt gegen die Pläne des Konzerns.

Tobias Salin

Wer profitiert von der Corona Krise?

Trotz Pandemie funktioniert der Kapitalismus immer noch nach dem Prinzip der Profitmaximierung. Am Beispiel des Gesundheitswesens lässt sich die Frage nach den Profiteuren aufzeigen. Anfänglich stellten selbst „Qualitätsmedien“ noch die Frage nach den Folgen der Privatisierung des Gesundheitswesens bei der Bewältigung der Infektionen. Katastrophale Arbeitsbedingungen in der Pflege und generell im medizinischen Sektor wurden erwähnt. Die große Zahl von Akutkrankenhäusern wurde noch als Vorteil bei der Bekämpfung von Corona gesehen.

Jetzt kommen die neoliberalen Wanderprediger aus ihren Löchern hervor. AOK-Chef Martin Litsch hält jede vierte Klinik für überflüssig. Die Bertelsmann Stiftung fordert die Schließung von über 50% der Akutkrankenhäuser. Spahn hatte sich vor der Krise die Bertelsmann Forderung zu eigen gemacht. Nur die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) sieht die flächendeckende Versorgung in Gefahr und warnt vor einem Kahlschlag. Kommt es wie geplant, würden Krankenhäuser wie in Schotten und Büdingen wohl geschlossen werden. Spahns „Krankenhauszukunftsgesetz“

subventionieren lassen. Wen wundert es, vor seinem Eintritt in die Politik hatte Bankkaufmann Spahn 2006 laut Focus-Bericht mit befreundeten Lobbyisten eine GbR gegründet, der die Agentur »Politas« gehörte. Diese beriet Kunden aus dem Pharmasektor und warb mit besten Kontakten in den Bundestag. Anstatt das Gesundheitswesen wieder zu vergesellschaften, gehen die Geschenke an die privaten Medizinkonzerne also weiter.

In vieler Hinsicht ist die Corona Krise wie ein Geschenk für das weltweite kapitalistische System. Die ständige Überproduktionskrise steuerte schon seit Jahren auf einen Kollaps wie 2008 zu, nur viel größer. Zur Erinnerung: Nach einer Studie der Commerzbank von 2009 kostete die Finanzkrise über zehn Billionen Dollar. Aber entscheidender war, dass für einige Zeit in der öffentlichen Diskussion das kapitalistische System selbst in der Kritik stand. Die Coronakrise hat Kapital in einer Größenordnung vernichtet, welche normalerweise nur durch Weltkriege erreicht wird. Nur jetzt ist für alles das Virus verantwortlich.

Henning Mächerle



sieht zwar Investitionen in Krankenhäuser von vier Mrd. Euro vor, aber die Beschäftigten bleiben von dem „Geldsegen“ ausgespart.

Das Gesetz kommt privaten, profitorientierten Trägern zugute, die sich so mit Steuergeldern

Auf Empfang schalten: Neuauflage der Broschüre „Signale aus der Zelle“

„Wir vergeben uns ja etwas, wenn wir uns mit den Nazis befassen; das ist doch eine Seifenblase, die bald platzt“, urteilte der Gewerkschaftssekretär Albin Mann um 1931. Zwei Jahre später erbot er sich bei der Besetzung des Gewerkschaftshauses durch die SA (erfolglos) loyal weiterzuarbeiten. 1946 wurde er Oberbürgermeister von Gießen, inzwischen war offenbar die „Blase“ irgendwie „geplatzt“.

Für diejenigen, die es eilig haben, allen Tätern zu vergeben und so die Opfer zu verhöhnen, mag diese Geschichte bereits zu viel des Guten gewesen sein. Sie wollen Menschen, die Widerstand geleistet haben, die nicht erst „Nie!“ riefen, als alles wieder vorbei war,

vergessen, marginalisieren und sogar kriminalisieren.

Ria Deeg hielt die aufstrebenden Faschisten nicht für schillernde Gebilde aus Luft und Seifenlauge. Ihr Widerstand begann nicht erst mit der Machtergreifung, er konnte selbst in den Zuchthäusern der Faschisten nie erstickt werden und er endete nicht nach 1945.

Anlässlich ihres 20. Todestages legten VVN-BdA-Gießen und DKP-Gießen Rias historisch/auto-biografische Broschüre „Signale aus der Zelle“ neu auf. Denn auch wir wollen den antifaschistischen Widerstand und die Gründe, aus denen er nötig war und nötig bleibt, nicht in Vergessenheit geraten lassen.



Ria Deeg - Signale aus der Zelle; voraussichtlich Ende Oktober 2020; Hrsg.: DKP Gießen und VVN-BdA-Gießen. Preis: 5,- Euro
Bestellung auch per Email: g.linhart@gmx.de



Uniklinikum: Gegen Asklepios kampfbereit

Seit der Privatisierung des Uniklinikums Gießen/Marburg (UKGM) vor 15 Jahren muss sich die Belegschaft gegen profitorientierte Zumutungen des Betreibers, bis vor kurzem die Rhön Kliniken AG, wehren. Immer mehr Patienten mit immer kürzeren Liegezeiten, Personalabbau, Ausgliederung nicht klinischer Tätigkeiten an den billigsten Anbieter – all das macht die Arbeit immer schwerer und unbefriedigender. Bei seinem Kampf hatte das Personal stets die Gewerkschaft ver.di an seiner Seite und mit Klaus Hanschur einen

Betriebsratsvorsitzenden, der sich traute, der Geschäftsleitung die Stirn zu bieten.

Jetzt ist Hanschur, der schon vor der Privatisierung 15 Jahre Personalratsvorsitzender war, in Rente gegangen. Etwa gleichzeitig wurde die Rhön AG an die Asklepios-Gruppe angeschlossen, ohne dass die Landesregierung als Vorbesitzer irgendeinen Einfluss nehmen konnte. Asklepios ist als knallhartes Unternehmen bekannt, in dem der Druck auf die Beschäftigten und die Ausgliederung unprofitabler Bereiche auf der Tagesordnung stehen. In vielen Asklepios-Kliniken gibt es nicht einmal Tarifverträge und deswegen noch schlechtere Gehälter und Arbeitsbedingungen. Auf den Nachfolger von Hanschur, Marcel Inanyk, werden deswegen schwere Zeiten zukommen, in denen gemeinsam mit dem Personal und ver.di Verschlechterungen abzuwehren sind. Gute Arbeitsbedingungen im Klinikum sind im Interesse aller Menschen im Einzugsbereich, denn jeder kann

einmal auf die Behandlung dort angewiesen sein. Der erste Kampf gegen Asklepios läuft gerade mit Warnstreiks für bessere Bezahlung und Eingruppierungen.

Parallel dazu versucht Asklepios in der Region eine gute Presse zu bekommen. Im Krankenhaus Lich richtete man eine neue Kardiologische Abteilung ein, in der gemeinsam mit dem UKGM die Versorgung von Herzpatienten verbessert werden soll. Kurz darauf wurden mit großem Presserummel 22 Krankenschwestern von den Philippinen begrüßt, die am UKGM arbeiten sollen. Wenn die Arbeitsbedingungen an deutschen Kliniken besser wären, würden nicht so viele ausgebildete Pflegekräfte nach wenigen Jahren ihren Beruf aufgeben – es wäre nicht nötig, in fernen Ländern Arbeitskräfte abzuwerben. Die Privatisierungen und Profitorientierung im Gesundheitswesen sind eine Fehlentwicklung, die beendet und rückgängig gemacht werden muss.

Gernot Linhart



Belarus: Volksrevolution oder Maidan?!

Seit 1994 regiert Lukaschenko Weißrussland. Nach dem Zerfall der UdSSR ging das Land wirtschaftlich einen ganz eigenen Weg. Die Wirtschaft wurde nicht privatisiert. Der Zerfall aller gesellschaftlichen Strukturen wie in Russland blieb Weißrussland erspart, was Lukaschenkos Politik Rückhalt in der Bevölkerung brachte.

2008 brach die Finanzkrise über Weißrussland herein. Seine Exporte brachen ein und Teile der Staatsbetriebe sollten verkauft werden. Die Regierung versuchte eine Schaukelpolitik zwischen der Abhängigkeit von Russland und einer Hinwendung zur EU. Russland ist nur bereit an Sonderkonditionen für den Handel festzuhalten, wenn weißrussische Betriebe an russische Konzerne verkauft werden. Mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) wurde 2009 eine Pilot-Privatisierung von fünf der größten Staatsbetriebe vereinbart, woraufhin die EU Weißrussland anschließend einen

Kredit des IWF über 3,5 Milliarden US-Dollar vermittelte. Zudem überführte das Land rund 160 staatliche Großbetriebe in Industrie, Bauwirtschaft und Transportsektor in Aktiengesellschaften. Die Situation vor den aktuellen Protesten war gekennzeichnet durch Kürzung von Löhnen und Renten sowie einer immer stärkeren Privatisierung der Staatsbetriebe.

Diese politische Lage führte dazu, dass nicht nur städtische Mittelschichten die Präsidentenwahl zum Anlass für Proteste nahmen, sondern auch immer mehr Beschäftigte der Staatsbetriebe. Allerdings sind deren Motive wohl recht unterschiedlich: Während die Mittelschichten ihre Hoffnung auf eine Änderung der weißrussischen Gesellschaft nach dem kapitalistische westlichen Muster setzen, zielen die Arbeiter eher auf eine Wiederherstellung ihrer Rechte und sozialer Sicherheit.

Die ideologische Vorherrschaft haben jedoch die westlich orientierte Mittelschichten. Die Einschätzung der Marxisten von Belarus ist: „Vor unseren Augen vollzieht sich der Kampf zwischen dem von Lukaschenko (...) verkörperten staatskapitalistischen System und verschiedenen internationalen imperialistischen Kräften, die von der

Opposition vertreten werden. (...) Eine Arbeiterbewegung ist am Entstehen.“ Es erklärt sich teilweise damit, dass in Belarus, anders als in Russland und der Ukraine, die industrielle Basis erhalten und ausgebaut wurde und damit, dass die Arbeiterklasse relativ jung und stabil ist. Es ist zu hoffen, dass es den Arbeitern gelingt, die eigenen Forderungen in eine konkrete Politik jenseits des kapitalistischen liberalen Modells umzusetzen.

Henning Mächerle



Kundgebung am Antikriegstag



Der DGB und das Gießener Friedensnetzwerk riefen am 01.09 dazu auf, gegen die immer bedrohlicheren Kriege und gegen Aufrüstung zu demonstrieren. Das Geld wird in Bildung und dem Gesundheitswesen sehr viel dringender gebraucht.

Gut 70 Menschen trafen sich

auf dem Kirchenplatz und hörten neben den Redebeiträgen auch Originalstimmen (zitiert), die zu Kriegen Stellung bezogen haben. Musikalisch begleitet wurde das sehr anspruchsvolle Programm von Ernesto Schwarz und Kutlu Yurtseven (Microphone Mafia).

ML

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie an weiteren Informationen der DKP Gießen interessiert sind, wenden Sie sich gerne an uns.

Sie erreichen uns hier:

- www.giessen.dkp.de
- facebook.com/dkp-giessen.de
- instagram.com/dkp_giessen
- blog.unsere-zeit.de (UZ)



Rechte Netzwerke oder „Einzelfälle“?

NSU 2.0, Nordkreuz, Uniter, Kommando Spezialkräfte, Polizeireviere voller Neonazis – das sind Stichworte, die das Ausmaß rechter Netzwerke bei Polizei, Bundeswehr, Verfassungsschutz und weiteren Behörden erahnen lassen.

Offensichtlich handelt es sich

hier um ein strukturelles und sehr gefährliches Problem: Extreme Rechte erhalten so weitreichende Machtinstrumente, finanzielle und personelle Unterstützung und Zugang zu Waffen und Daten. Bundesdeutsche Behörden sind für den Aufbau, die Förderung und Deckung faschistischer Organisationen verantwortlich, das haben NPD und NSU in aller Deutlichkeit gezeigt.



Parallel dazu treibt die Politik die Rechtsverschiebung voran: Die neuen Polizeigesetze der Länder räumen den Sicherheitsbehörden

immer mehr Befugnisse ein, der Gefahrenbegriff und die Ermächtigungsgrundlage für polizeiliches Handeln können willkürlich

ausgeweitet werden, und folglich nehmen Demokratieabbau und Repressionen gegen Linke zu.

Die sogenannten Sicherheitsbehörden sorgen sich offensichtlich nicht um die Sicherheit von uns, von AntifaschistInnen, Linken und anderen DemokratInnen, sondern um die Absicherung der faschistischen Bewegung.

Warum? Das Kapital braucht die Rechten, heute ideologisch, morgen

vielleicht administrativ. Das alles zeigt uns AntifaschistInnen, dass wir uns nicht einschüchtern oder entmutigen lassen dürfen. Dort, wo wir leben, lernen und arbeiten, müssen wir gemeinsam gegen den Faschismus, für unsere Interessen und für die Durchsetzung unserer Forderungen kämpfen: die Entnazifizierung aller deutschen Behörden, die vollständige Aufklärung faschistischer Verbrechen und die Zerschlagung aller faschistischer Organisationen!

Cecilia, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

SDAJ Gießen findest du auch auf Facebook oder schreibe an sdaj-marburg@gmx.de

EINZELFALL?!

29 POLIZISTEN AUS NRW STEHEN UNTER VERDACHT IN MEHREREN RECHTSEXTREMEN CHATGRUPPEN AKTIV ZU SEIN

SDAJ

EINZELFALL?!

JAHRELANG LEGTEN SOLDATEN ZUM VOLKSTRAUERTAG KRÄNZE FÜR NAZI-WEHRMACHTSDIVISIONEN NIEDER UND SPIELTEN SS-LIEDER

SDAJ

Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantwort.: Gernot Linhart, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründrucken Gießen. Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: g.linhart@gmx.de Im Internet: www.giessen.dkp.de

Menschenversuch zum Grundeinkommen

In der Bundesrepublik beginnt gerade ein fragwürdiger Menschenversuch. Gelockt wird mit einem Betrag von monatlich 1.200 Euro für drei Jahre. Bewerben kann sich jeder, der seine Email-Adresse und ein paar Informationen über sich angibt.



Sobald eine Million Bewerbungen vorliegen oder spätestens am 10.11. werden diejenigen Bewerber ausgesucht, die sich für ein wissenschaftliches Experiment eignen und davon wiederum 20.000

für eine Basisbefragung. Von diesen erhalten 120 „zufällig“ Ausgewählte tatsächlich das versprochene Einkommen, weitere 1.380 bilden eine Vergleichsgruppe. Alle 1.500 müssen in den drei Jahren ausführliche Auskünfte über sich geben, einige sogar Haarproben. Wie die 1.380 Probanden, die kein Geld dafür bekommen, motiviert werden können, ist fraglich.

Untersucht werden soll, welchen Einfluss das gezahlte Geld auf das Leben der Menschen hat, vor allem der „Stress“ interessiert die Veranstalter (ein Verein „Mein Grundeinkommen“, ein Max-Planck-Institut und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung). Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen eines „Bedingungslosen Grundeinkommens“ können mit diesem Test nicht erforscht werden.

Ein solches Einkommen hätte, anders als dieser Versuch, u.a. massive Steuererhöhungen und Absenkungen der Sozialleistungen, weitere Ausweitung des Niedriglohnsektors

und eine Schwächung der Kampfkraft der Gewerkschaften zur Folge. Die Veranstalter erhalten sehr viele Daten über das Leben diverser Bevölkerungsgruppen. Der Test lenkt davon ab, dass wir eigentlich ein sanktionsfreies Mindesteinkommen für alle die brauchen, die kein oder ein zu geringes Einkommen haben. Von einer Teilnahme an diesem Menschenversuch kann man nur abraten. Gernot Linhart

Bezirksmitglieder- versammlung der DKP Hessen

Nach dem kämpferischen Referat des Bezirksvorsitzenden Axel Koppey haben wir die Teilnahme der DKP Hessen zur Bundestagswahl 2021 beschlossen.

In der Diskussion hielten wir fest, dass die DKP den Wahlkampf nutzen wird, den Klassenkampf von oben sichtbar zu machen, in welchem die demokratischen Rechte abgebaut werden. Die DKP muss die kommunistischen Positionen wie die Systemfrage und die Eigentumsfrage in einer allgemeinverständlichen Form in den Vordergrund stellen, damit Forderungen hin zur Planwirtschaft und zum Sozialismus als mögliche Alternative verstanden werden können.

Aus Gießen wurden Erika Beltz und Henning Mächerle als Kandidatin und Kandidat für die Bundestagsliste mit sehr großer Mehrheit gewählt.

Gießen am 26.09.2020

ML

Wir gratulieren unserem Genossen

Helmut Appel

herzlichst zum 70. Geburtstag!

Wir wünschen Dir alles Gute. Bleib weiter sportlich fit und gesund. Auf Dich ist besonders Verlass, wenn es um die Beschäftigten des Einzelhandels und um Sonntagsarbeit geht.

Gießen, Oktober 2020, DKP Gießen



Jeden Montag,
18 bis 19 Uhr
bei den 3 Schwätzern

Protest gegen Hartz IV

Redaktionsschluss für
Nov.-Echo: Mi., 21. Okt.

31.10.20 ab 10:30 Uhr:

Infostand der DKP Gießen am Kugelbrunnen

15.10.20 um 19:00 Uhr:

Gruppenabend der DKP Gießen

21.10.20 um 19:00 Uhr:

Kann der Trump-Netanjahu-Plan Frieden in Israel und Palästina bringen? Diskussionsveranstaltung der DKP mit **George Rashmawi**, Mitglied des Vorstands der Palästinensischen Gemeinde in Deutschland e. V.

im Kerkrade Zimmer, Kongresshalle Gießen

